

**Jahresabschluss**  
zum 31. Dezember 2024

**Lagebericht**  
für das Geschäftsjahr 2024

**Bestätigungsvermerk**

Emeritenanstalt der Diözese Würzburg KdöR  
Würzburg

## **Anlagen**

Anlage 1	Bilanz zum 31. Dezember 2024
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024
Anlage 3	Anhang für das Geschäftsjahr 2024
Anlage 4	Entwicklung des Anlagevermögens 2024
Anlage 5	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024
Anlage 6	Bestätigungsvermerk

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2024







# Anhang der Emeritenanstalt der Diözese Würzburg KdöR

## **ALLGEMEINE ANGABEN ZUM JAHRESABSCHLUSS**

Die Emeritenanstalt der Diözese Würzburg KdöR ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Würzburg.

Die Emeritenanstalt der Diözese Würzburg KdöR (im Folgenden: Emeritenanstalt) erstellt freiwillig den Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften. Die Gliederung der Bilanz entspricht § 266 HGB, die der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) entspricht § 275 HGB. Zur Erhöhung der Transparenz wurden nach § 265 Abs. 5 HGB das Gliederungsschema der Bilanz und GuV um kirchenspezifische Positionen erweitert.

Die GuV wird nach dem Gesamtkostenverfahren § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt. Bei der Bewertung wurde vom Fortbestand der Emeritenanstalt ausgegangen. Neben dem Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang - wurde freiwillig nach § 289 HGB ein Lagebericht erstellt.

## **ANGABEN ZU BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN**

### **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- und Herstellungskosten und vermindert um die planmäßige lineare Abschreibung bewertet.

Der Grund und Boden wurde mit den tatsächlichen Anschaffungskosten bzw. mit dem geschätzten Wert zum Zeitpunkt der Überlassung bewertet. Die Gebäude werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. mit dem geschätzten Wert zum Zeitpunkt der Überlassung, vermindert um planmäßige, lineare Abschreibung angesetzt.

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen, falls eine dauerhafte Wertminderung erkennbar ist.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert angesetzt.



Kassenbestände und die Guthaben bei Kreditinstituten werden zu ihren Nennwerten bewertet.

Bei den Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen handelt es sich um erhaltene Investitionszuschüsse für Finanzierung von Sachanlagen. Die Auflösung der Sonderposten erfolgt über den jeweiligen Nutzungszeitraum, der mit diesen Mitteln finanzierten Sachanlagen.

Als Bewertungsverfahren für die Rückstellungen für Pensionen und Beihilfeverpflichtungen wurde für die Anwärter die Projected Unit Credit (PUC) und für die Priester im Ruhestand die Barwert-Methode auf Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens angewandt. Die Berechnung wurde mit Hilfe der Richttafeln 2018 G der HEUBECK AG, Köln, mit dem aktuell von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre von 1,90 % (Vj. 1,82 %) für die Pensionsrückstellungen und der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre von 1,97 % (Vj. 1,74 %) für die Beihilferückstellungen durchgeführt. Es wurde eine Einkommens-, Anwartschafts- und Rentendynamik von jeweils 2,5 % angenommen.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Sie sind mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

## **ANGABEN ZUR BILANZ**

### **Anlagevermögen**

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens kann dem Anlagespiegel entnommen werden. Der Anlagespiegel ist als Anlage diesem Anhang beigefügt (siehe Abb. 01).

Bei den Grundstücken und Gebäuden handelt es sich im Wesentlichen um wohnwirtschaftlich und gewerblich genutzte Objekte. Diese sind vermietet bzw. verpachtet. Die Erträge hieraus dienen dem Unterhalt der Objekte, bzw. der Finanzierung der Pensionsverpflichtungen.

Die Emeritenanstalt hält Beteiligungen zum 31.12.2024 an nachfolgenden Unternehmen: (siehe Abb. 02)

Abb.: 02

Beteiligungen	Anteil	Anteil in TEuro	Ergebnis in TEuro	Eigenkapital in TEuro
ECHTER WÜRZBURG, Fränkische Gesellschaftsdruckerei und Verlag GmbH, Würzburg (30.06.2024)	5,15 % (5,15 %)	54 (54)	-19 (14)	1.577 (1.592)
Echter-Haus Würzburg GbR (31.12.2023)	7,5 % (7,5 %)	1.023 (1.315)	397 (582)	17.898 (17.501)

Im Geschäftsjahr wurden die bisher unter den Beteiligungen ausgewiesenen Anteile an Genossenschaften in eine neu ausgewiesene Bilanzposition „Genossenschaftsanteile“ umgliedert. Die Vorjahresbeträge wurden entsprechend angepasst. Die Umgliederung hat keine Auswirkungen auf das Eigenkapital oder Jahresergebnis.

Es handelt sich um nachfolgende Genossenschaftsanteile:

	Anteil in TEuro
LIGA Bank eG, Regensburg	5 (5)
Münchener Hypothekenbank eG	1.400 (1.400)

Die Emeritenanstalt weist unter den Wertpapieren des Anlagevermögens verschiedene Anlagen aus. Die Anlagestrategie verfolgt als Maxime die langfristige Existenzsicherung und den Werterhalt des Vermögens zur Finanzierung der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen. Im Hinblick auf die Ziele Sicherheit, Liquidität und Rendite wurde diversifiziert investiert. Besonders berücksichtigt wurde das Thema Nachhaltigkeit unter Berücksichtigung der Kriterien aus den Bereichen Umwelt, Soziales und verantwortungsvolle Unternehmensführung (ESG-Kriterien). Im Bestand sind überwiegend extern verwaltete Fonds. Die Wertpapiere setzen sich zum 31.12.2024 wie folgt zusammen: (siehe Abb.: 03)

Abb.: 03

Wertpapiere des Anlagevermögens	Buchwerte am 31.12.2024		Buchwerte am 31.12.2023	
	in TEuro	Anteil	in TEuro	Anteil
Wertpapierspezialfonds	34.778	75,6%	34.601	75,4%
Renten	2.017	4,4%	2.245	4,9%
Aktien	3.638	7,9%	3.599	7,8%
Sonstige Fonds	719	1,5%	686	1,5%
Mischfonds	2.345	5,1%	2.201	4,8%
Immobilienfonds	2.516	5,5%	2.545	5,6%
Gesamt	46.013	100,0%	45.877	100,0%

Die Emeritenanstalt hat Anteile an nachfolgenden Wertpapierspezial- und Immobilienfonds:

Bezeichnung des Sondervermögens	Kurswert 31.12.2024	Buchwert 31.12.2024	Differenz zum Buchwert	Ausschüttung für das lfd. Geschäftsjahr
	in TEuro	in TEuro	in TEuro	in TEuro
Wertpapierspezialfonds	38.168	34.778	3.390	663
Immobilienfonds	2.536	2.516	20	62

Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe bestehen mit Ausnahme der Anteile an den Immobilienfonds nicht. Die Immobilienfonds können grundsätzlich mit einer Rückgabefrist von zwölf Monate zurückgegeben werden.

Wertpapiere des Anlagevermögens unterliegen Zinsänderungs-, Preis-, Bonität- sowie Währungs- und allgemeine Marktrisiken. Dies führt dazu, dass die Kurswerte der einzelnen Wertpapiere schwanken. Aufgrund der langfristigen Anlagestrategie der Emeritenanstalt werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen, soweit die Wertminderung der Wertpapiere als dauerhaft eingestuft wird, insbesondere dann, wenn der Börsen- oder Marktpreis der Wertpapiere und Fonds in den letzten zwölf Monaten um mehr als 5 % unter dem Buchwert liegt. Festverzinsliche Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen, werden nicht weiter als auf dem Nominalwert abgeschrieben.

Im Geschäftsjahr wurden zum Bilanzstichtag bei Wertpapieren außerplanmäßige Abschreibungen von TEuro 29 vorgenommen, um diese mit dem niedrigeren beizulegenden Wert auszuweisen.

## Umlaufvermögen

### FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die Forderungen gegen kirchliche Körperschaften beinhalten im Wesentlichen die Forderung gegenüber dem Bischöflichen Stuhl zu Würzburg KdöR in der Höhe, in der die Schuldposten das Eigenkapital der Emeritenanstalt der Diözese Würzburg KdöR zum 31.12.2024 übersteigen. Der Bischöfliche Stuhl ist gemäß CAN. 281 § 2 CIC verpflichtet, die Emeritenanstalt zu finanzieren, so dass diese ihren Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern aus Pensionen und Beihilfe jederzeit nachkommen kann. Außerdem sind bei den Forderungen die periodengerechte Abgrenzung von Mieterträgen, Forderungen gegenüber der Bundeskasse für Versorgungslastenausgleich der Militärdekane i.R. sowie der Zuschuss vom Freistaat Bayern abgebildet.

### KASSENBESTAND, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN

Die Bilanzposition beinhaltet die Kassenbestände und die Guthaben der Emeritenanstalt bei der Liga Bank eG.

## Eigenkapital

Das Eigenkapital der Emeritenanstalt beläuft sich zum 31.12.2024 auf 0 Euro.

## Sonderposten

Die Sonderposten stellen einen Gegenwert zu den Sachanlagen dar. Die Diözese Würzburg KdöR hat der Emeritenanstalt einen Investitionszuschuss für den Neubau eines 6-Familien-Wohnhauses in Aschaffenburg, Altdorferstraße 1 Bohlenweg gewährt. Außerdem hat die Emeritenanstalt einen Zuschuss für den Neubau des Wohn- und Geschäftshauses Schmalzmarkt 5 in Würzburg erhalten.

## Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen: (siehe Abb.: 04)

Abb.: 04

Rückstellungen	31.12.2024 in TEuro	31.12.2023 in TEuro
Pensions- und ähnliche Rückstellungen	289.600	283.800
Rückstellung für Beihilfeverpflichtung	37.602	39.479
Rückstellung Jahresabschluss	8	8
Summe	327.210	323.287

Die Rückstellungen für Pensionen und Beihilfeverpflichtungen werden zum Bilanzstichtag in voller Höhe in der Emeritenanstalt ausgewiesen.

## Verbindlichkeiten und sonstige Verbindlichkeiten

### VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten von 2.484 TEuro haben insgesamt eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Sie sind nicht durch Grundschulden und ähnliche Rechte gesichert.

## **ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**

In den Umsatzerlösen sind Mieterträge ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge im Geschäftsjahr 2024 lassen sich wie folgt gliedern: (siehe Abb.: 05)

Abb.: 05

Erträge	31.12.2024 in TEuro	31.12.2023 in TEuro
Aufwandsersatz Personalausgaben	56	158
Zuschüsse Bischöflicher Stuhl	7.500	7.000
Zuschüsse Freistaat Bayern	1.634	1.636
Sicherungsanspruch gegen Bischöflichen Stuhl aus Unterdeckung Pensions- und Beihilfeverpflichtung	4.161	271
Erträge Auflösung Sonderposten	74	74
<b>Gesamt</b>	<b>13.425</b>	<b>9.139</b>

Der Sicherungsanspruch wurde als Forderung eingestellt. Im Geschäftsjahr und den Folgejahren wird die Anpassung ausgewiesen.

Im Materialaufwand sind Kosten im Zusammenhang mit den vermieteten Immobilienprojekten ausgewiesen.

In den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen sind Versorgungsbezüge und Beihilfen von 11.052 TEuro (Vorjahr 10.565 Euro) enthalten. Ebenso sind die Veränderungen der Pensions- und Beihilferückstellung in Höhe von 2.804 TEuro (Vorjahr 1.383 TEuro) hier ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lassen sich wie folgt gliedern:

	31.12.2024 in TEuro	31.12.2023 in TEuro
Versicherungen, Beiträge und Abgaben	0	0
Verwaltungskosten	9	9
sonstige Personalkosten	2	2
Sonst. Betriebl. Kosten	3	3
<b>Insgesamt</b>	<b>14</b>	<b>14</b>

In den Erträgen aus anderen Wertpapieren sind Wertpapierzinsen und -dividenden in Höhe von 895 TEuro (Vorjahr 746 TEuro), Erlöse aus dem Verkauf von Finanzanlagen 2 TEuro (Vorjahr 256 TEuro) und Zuschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 412 TEuro (Vorjahr 2.475 TEuro) ausgewiesen.

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Zinsanteile aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 1.132 TEuro (Vorjahr 929 TEuro) und Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen in Höhe von 0 TEuro (Vorjahr 5 TEuro) enthalten.

## **SONSTIGE ANGABEN**

### MITARBEITER

Die Emeritenanstalt der Diözese Würzburg KdöR beschäftigt keine Mitarbeiter.

### VERWALTUNG/GESETZLICHER VERTRETER

Mit Inkrafttreten der neuen Satzung zum 1. Mai 2023 vertritt die Leitung der Hauptabteilung Personal Herr Robert Hambitzer die Emeritenanstalt als Vorsitzende/Vorsitzender nach innen und außen (Artikel 22 der Satzung). Die Hauptabteilung Finanzen und Immobilien verwaltet die finanziellen Angelegenheiten.

MITGLIEDER DES VERWALTUNGSAUSSCHUSSES DER EMERITENANSTALT

Dem Verwaltungsausschuss gehören folgende Mitglieder an:

- Ordinariatsrat Robert Hambitzer, Vorsitzender
- Bischöflicher Finanzdirektor Gerald Düchs
- Weihbischof Paul Reder
- Pfarrer i. R. Robert Borawski
- Pfarrer Tobias Fuchs
- Pfarrer Dr. Eugen Daigeler
- Aloys Tilly
- Bruno Windischmann

HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt 8 TEuro.

Würzburg, im August 2025  
Emeritenanstalt der Diözese Würzburg KdöR

Robert Hambitzer  
Ordinariatsrat  
Leiter Hauptabteilung Personal

Emeritenanstalt der Diözese Würzburg KdöR

Entwicklung des Anlagevermögens 2024

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				Abschreibungen				Zuschreibungen	Buchwerte	
	Stand 1.1.2024 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2024 EUR	Stand 1.1.2024 EUR	Abschreibungen Berichtsjahr EUR	Änderung der gesamten Abschreibungen i. Z. m. Abgängen EUR	Stand 31.12.2024 EUR	Zuschreibungen Berichtsjahr EUR	Stand 31.12.2024 EUR	Stand 31.12.2023 EUR
<b>I. Sachanlagen</b>											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	9.111.428,88	0,00	0,00	9.111.428,88	3.811.059,75	148.189,00	0,00	3.959.248,75	0,00	5.152.180,13	5.300.369,13
	9.111.428,88	0,00	0,00	9.111.428,88	3.811.059,75	148.189,00	0,00	3.959.248,75	0,00	5.152.180,13	5.300.369,13
<b>II. Finanzanlagen</b>											
1. Beteiligungen	1.368.345,44	28.047,37	320.249,05	1.076.143,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.076.143,76	1.368.345,44
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	46.574.387,59	0,00	248.125,00	46.326.262,59	696.708,70	28.670,07	0,00	725.378,77	412.433,50	46.013.317,32	45.877.678,89
3. Genossenschaftsanteile	1.405.000,00	0,00	0,00	1.405.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.405.000,00	1.405.000,00
	49.347.733,03	28.047,37	568.374,05	48.807.406,35	696.708,70	28.670,07	0,00	725.378,77	412.433,50	48.494.461,08	48.651.024,33
	58.459.161,91	28.047,37	568.374,05	57.918.835,23	4.507.768,45	176.859,07	0,00	4.684.627,52	412.433,50	53.646.641,21	53.951.393,46

## **Emeritenanstalt der Diözese Würzburg KdöR**

### *Würzburg*

### **Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024**

#### **A. Grundlagen der Emeritenanstalt**

Die Emeritenanstalt der Diözese Würzburg KdöR (im folgenden Emeritenanstalt) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts gemäß can. 116 § 1 CIC. Durch Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 14. Juli 1923 – Nr. 26306 ist sie auch im staatlichen Recht als solche anerkannt. Sie gewährt ihren Mitgliedern für den einstweiligen, vorzeitigen oder dauernden Ruhestand Versorgungsbezüge nach beamtenrechtlichen Grundsätzen im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit Nr. 2 SGB VI und des § 4 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII und erfüllt dadurch nach kirchlichem (insbes. cc. 281 § 2, 402 § 2 und 411 CIC) und weltlichen Recht bestehenden Versorgungspflichten. Mitglieder der Emeritenanstalt sind die in der Diözese Würzburg inkardinierten Priester sowie die in der Diözese inkardinierten Diakone, sofern diese Priesteramtskandidaten sind. Die Emeritenanstalt der Diözese Würzburg verfolgt ausschließlich und unmittelbar kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Um ihren Verpflichtungen nachzukommen, wurde die Emeritenanstalt mit Immobilien- und Finanzanlagevermögen ausgestattet. Die hieraus erzielten Erträge dienen der Sicherstellung der Aufgabenerfüllung durch die Emeritenanstalt. Außerdem sieht sich der Bischöfliche Stuhl abgeleitet aus Can. 281 § 2 CIC und dem Statut der Körperschaft Bischöflicher Stuhl zu Würzburg § 2 (4) zum Beistand verpflichtet, die Emeritenanstalt finanziell so auszustatten, dass sie ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Mitgliedern jederzeit nachkommen kann.

#### **B. Wirtschaftsbericht**

##### **1 Entwicklung von Kirche und Gesamtwirtschaft**

In 2024 war die Wirtschaft mit den Spätfolgen der Pandemie auf den Welthandel, der weiter zurückgehenden Inflation, wieder fallenden Zinsen und einer schwachen Nachfrage nach Produkten der Deutschen Wirtschaft aus dem Ausland konfrontiert. Auch die Auswirkungen des



Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine, die zunehmende Abkoppelung des Westens von China und der Krieg Israels gegen die Hamas sowie der anhaltende Konflikt im Roten Meer mit den Rebellen der Huthi zeugen von vielen Spannungsherden und haben die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2024 gedämpft. Auch die anstehende Bundestagswahl in Deutschland 02/2025 und die Präsidentschaftswahlen in den USA 11/2024 waren bestimmende Themen im Berichtsjahr.

Damit die Kirche ihre vielfältigen Aufgaben in den Bereichen der Seelsorge, den sozial-caritativen Arbeitsfeldern, der Bauunterhaltung und vieles mehr erfüllen kann, benötigt sie die engagierte Mitarbeit von Menschen und eine sichere Finanzierungsgrundlage. Diese Mittel erhalten die (Erz-)Bistümer in Deutschland hauptsächlich über die Kirchensteuer.

In den Jahren nach den Rückgängen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2009/2010 und die Corona - Pandemie 2020 stieg das gesamte Nettoaufkommen an Kirchenlohn- und Kircheneinkommensteuer nominal. Dazu haben verschiedene Faktoren wie z. B. die sehr gute wirtschaftliche Entwicklung, steigende Erwerbsquoten und Tarifsteigerungen bei gleichzeitig nur geringen Anpassungen des Lohn- und Einkommensteuertarifs beigetragen. Im Jahr 2023 betrug das erwartete Absinken des Nettoaufkommens an Kirchenlohn- und Kircheneinkommensteuer 4,9 Prozent im Vergleich zum Jahr 2022. Im Jahr 2024 hat sich das Aufkommen mit minus 0,5 Prozent insgesamt leicht rückläufig entwickelt, allein die Kirchensteuer auf Kapitalertragsteuer (+58,8 Prozent) hebt das Gesamtergebnis auf ein Plus von 1,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr 2023. Weitere Einnahmequellen der Kirche sind u. a. Spenden, Gebühren für konkrete Leistungen (Kindertagesstätten), staatliche Zuschüsse sowie Einkünfte aus Vermietungen und Verpachtungen. Die katholische Kirche hat auch Rücklagen zur Sicherung der Zukunft gebildet. So ist sie verpflichtet, die Altersversorgung der Priester und anderer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sichern, für den Unterhalt ihrer Gebäude zu sorgen und auf Einnahmeausfälle und unvorhersehbare Mehrausgaben (Flüchtlingshilfe) vorbereitet zu sein. Finanzielle Unterstützung fließt z. Bsp. in die Seelsorge und pastorale Aufgaben, soziale Dienste, Bildung (Kinder und Erwachsene), Bauunterhaltung, Medien, Wissenschaft und Kunst, Weltkirche: Mission und Hilfswerke.<sup>1</sup>

Vgl. Angaben:

<sup>1</sup><https://www.dbk.de/kirche-in-zahlen/kirchliche-statistik> Stand 07.08.25

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2024 lt. des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,2 % niedriger als im Vorjahr. Konjunkturelle und strukturelle Belastungen standen im Jahr 2024 einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Wege, es werden die zunehmende Konkurrenz für die deutsche Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten, hohe Energiekosten, ein nach wie vor erhöhtes Zinsniveau, aber auch unsichere wirtschaftliche Aussichten genannt. Wichtige Bereiche wie der Maschinenbau oder die Automobilindustrie produzierten deutlich weniger. In den energieintensiven Industriezweigen – hierzu zählen beispielsweise die Chemie- und Metallindustrie – blieb die Produktion auf niedrigem Niveau. Im Baugewerbe nahm die Bruttowertschöpfung 2024 gegenüber dem Vorjahr mit -3,8 % noch etwas stärker ab.

Die nach wie vor hohen Baupreise und Zinsen führten dazu, dass insbesondere weniger Wohngebäude errichtet wurden. Die Dienstleistungsbereiche entwickelten sich im Jahr 2024 insgesamt positiv (+0,8 %), jedoch uneinheitlich. So stagnierte die Bruttowertschöpfung im Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe. Der Wirtschaftsbereich Information und Kommunikation setzte dagegen seinen Wachstumskurs fort (+2,5 %). Dies galt auch für die vom Staat geprägten Wirtschaftsbereiche. Neben der öffentlichen Verwaltung selbst wuchsen auch die Bereiche Erziehung und Unterricht sowie Gesundheitswesen weiter.<sup>2</sup>

Im Jahresdurchschnitt 2024 waren 46,1 Millionen Menschen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig. Damit wurde der Vorjahreswert nochmals um 72 000 Erwerbstätige (+0,2 %) übertroffen und ein neuer Beschäftigungshöchststand erreicht. Der Beschäftigungsaufbau fand im Jahr 2024 ausschließlich in den Dienstleistungsbereichen statt, vor allem im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit. Die Zahl der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe und im Baugewerbe sank dagegen.<sup>3</sup>

Vgl. Angaben:

<sup>2)</sup>[https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2025/bip2024/pm-bip.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2025/bip2024/pm-bip.pdf?__blob=publicationFile&v=6)

<sup>3)</sup>[https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/01/PD25\\_041\\_132.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/01/PD25_041_132.html)

Von 5,7 % im Jahr 2023 erhöhte sich die Arbeitslosenquote auf 6,0 % im Jahr 2024.<sup>4</sup> Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2024 um 2,2 % gegenüber 2023 erhöht. Die Inflationsrate fiel im Berichtsjahr damit deutlich geringer aus als in den drei vorherigen Jahren (Jahresdurchschnitt 2023 bei +5,9 %, 2022 bei +6,9 % und 2021 bei +3,1 %).<sup>5</sup>

Der Leitzinssatz wurde ab 2023 durch die EZB sukzessive gesenkt, bis im Dezember 2024 ein Stand von 3,15 Prozent erreicht war.<sup>6</sup> Aufgrund der Zinssenkungen vergünstigt sich die Aufnahme neuer Kredite für Unternehmen und private Haushalte allmählich. Zugleich werden die Finanzierungsbedingungen nach wie vor als restriktiv beschrieben, auch weil die Geldpolitik restriktiv bleibt und sich frühere Zinserhöhungen nach wie vor auf den Kreditbestand auswirken. Lt. EZB hat die Wirtschaft weiterhin Gegenwind, doch steigende Realeinkommen und die allmählich nachlassenden Auswirkungen der restriktiven Geldpolitik dürften mit der Zeit ein Anziehen der Nachfrage begünstigen.<sup>7</sup>

Neben demografischen Entwicklungen im langfristigen Bereich ist die Entwicklung bei den Immobilienpreisen kurzfristig stark an die Entwicklung der Zinsen gekoppelt. So wurde durch günstige Kredite und geringe Inflation eine erhöhte Nachfrage nach Immobilien beobachtet. Durch die Veränderung der Leitzinsen in den Vorjahren wurde somit auch Druck auf die Immobiliennachfrage ausgeübt welcher sich auch im Jahr 2024 durch wieder leicht steigende Immobilienpreise und geringere Baugenehmigungen<sup>8</sup> ausdrückte.

In den meisten Gegenden Deutschlands sind die Immobilienpreise im 4. Quartal 2024 im Vergleich zum 4. Quartal 2023 gestiegen. Nur in dünn besiedelten ländlichen Kreisen waren die Preise gegenüber dem Vorjahresquartal rückläufig.<sup>9</sup>

Vgl. Angaben:

<sup>4</sup>) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-seit-1995/>

<sup>5</sup>) [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/01/PD25\\_020\\_611.html?templateQueryString=verbraucherpreise](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/01/PD25_020_611.html?templateQueryString=verbraucherpreise)

<sup>6</sup>) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1054735/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-hauptrefinanzierungsgeschaeft-und-die-einlagefazilitaet/>

<sup>7</sup>) <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2025/html/ecb.mp250130~530b29e622.de.html>

<sup>8</sup>) [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/03/PD25\\_115\\_61262.html?templateQueryString=immobilienpreise](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/03/PD25_115_61262.html?templateQueryString=immobilienpreise)

<sup>9</sup>) [https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Baupreise-Immobilienpreisindex/\\_inhalt.html?templateQueryString=baupreise](https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Baupreise-Immobilienpreisindex/_inhalt.html?templateQueryString=baupreise)

## 2. Darstellung des Berichtsjahres

### Vermögenslage

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2024 auf 330.548 TEUR (im Vorjahr 325.132 TEUR).

Das Anlagevermögen setzt sich aus Sach- und Finanzanlagen zusammen und hat einen Anteil an der Bilanzsumme von 16,2 %. Das Umlaufvermögen hat sich von 271.180 TEUR auf 276.901 TEUR erhöht. Die Erhöhung ist stichtagsbedingt und resultiert im Wesentlichen aus der Forderung gegenüber dem Bischöflichen Stuhl, die in den Forderungen gegenüber kirchlichen Körperschaften ausgewiesen ist.

### Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung 2024, welche anhand des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 21 (DRS 21) erstellt wurde, stellt sich zusammengefasst wie folgt dar:

	TEUR
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-404
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	1.222
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.132
Zwischensumme	-314
Finanzmittelbestand zum 01.01.	1.314
Finanzmittelbestand zum 31.12.	1.000

### Ertragslage

Die sonstigen betrieblichen Erträge der Emeritenanstalt in Höhe von 13.425 TEUR (Vj. 9.139 TEUR) beinhalten in erster Linie Zuschüsse für Personal- und Sachkosten.

Der Materialaufwand betrug in 2024 insgesamt 168 TEUR (Vj. 156 TEUR).

Im Berichtsjahr sind Versorgungsaufwendungen und soziale Abgaben in Höhe von insgesamt 13.856 TEUR (Vj. 11.949 TEUR) angefallen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 14 TEUR (Vj. 14 TEUR) beinhalten Verwaltungskosten, Abschluss- und Prüfungskosten sowie Aufwendungen für Grabpflege.

Die Finanzerträge werden im Wesentlichen von den Erträgen aus Wertpapieren in Höhe von 1.310 TEUR (Vj. 3.477 TEUR) getragen.

## **C. Prognosen-, Chancen- und Risikobericht**

### **1 Prognosebericht**

Ertragsseitig wird im nachfolgenden Geschäftsjahr mit steigenden Zins- und Dividendeneinnahmen gerechnet. Im Bereich der Miet- und Umsatzerlöse, Zuschüssen und sonstigen betrieblichen Erträgen wird mit ähnlichen Erträgen wie in 2024 gerechnet. Kursgewinne sowie Zuschreibungen auf Finanzanlagen wurden nicht geplant. Aufwandsseitig wird mit steigenden Aufwendungen gerechnet - bei einer ähnlichen Kostenstruktur wie im Berichtsjahr. Die Pensionsrückstellung wird sich aufgrund des sich erhöhenden Zinsniveaus leicht absenken. Das Finanzergebnis wird mittelfristig voraussichtlich von leicht steigenden Erträgen geprägt sein. Für das Geschäftsjahr 2025 wird mit einem besseren Finanzergebnis gerechnet wie 2024.

### **2 Chancen- und Risikobericht**

Die Chancen und Risiken der Emeritenanstalt für das Jahr 2024 beschränken sich im Wesentlichen auf das in Immobilien und Finanzanlagen gebundene Vermögen. In diesem Kontext ist die Emeritenanstalt - wie andere Organisationen auch - den allgemeinen Chancen und Risiken des Kapitalmarktes ausgesetzt.

Sowohl die Nachfrage im Wohnungsbereich als auch bei den gewerblichen Immobilien zeigt sich stabil. Die Verpachtungserlöse für landwirtschaftliche und gewerbliche Grundstücke werden auf dem Niveau des Vorjahres bleiben.

In der Region sind ausreichend Handwerkerkapazitäten vorhanden, die stark angespannte Kapazitätsauslastung der Baubranche hat sich in 2024 entspannt. Dies kann sich jedoch durch Ausweitung der o.g. Konflikte wieder ändern.

Es ist auch in Zukunft mit steigenden Baupreisen zu rechnen, welche sich schon aus den Energiepreissteigerungen und Regulierungen zwangsläufig ergeben. Die Einführung von Umweltschutzmaßnahmen verbunden mit den Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes und der Gebäudeeffizienzrichtlinie werden ebenso die Kosten erhöhen, wie das Verbot von Heizanlagen mit fossilen Brennstoffen, die einer Sanierung oder Erneuerung der Heizanlage unterzogen werden. Die EU will den bestehenden Wohngebäuden massive Sanierungspflichten auferlegen.

Ziel ist den Energieverbrauch von Wohngebäuden durch die neue EPBD (Energy Performance of Buildings Directive) bis zum Jahr 2030 im Schnitt um 16 Prozent und bis 2035 um 20 bis 22 Prozent zu senken. Es bleibt abzuwarten wie solche Vorgaben künftig in der Realität umgesetzt werden können.

Die Zinsen werden sich leicht nach unten bewegen. Darüber hinaus sind Finanzanlagen den Entwicklungen des Marktes unterworfen. Die Anlageentscheidungen folgen einem Nachhaltigkeitskonzept und der Beachtung von ethischen, sozialen und ökologischen Kriterien. Ziel ist die reale Kapitalerhaltung bei Erwirtschaftung einer durchschnittlichen Rendite. Aufgrund der stetigen Überwachung der Entwicklung der Finanzanlagen - nicht zuletzt durch das nach § 289 Abs. 2 HGB eingeführte Reportingsystem inklusive Ermittlung der Risikotragfähigkeit und der Anwendung von Sicherungsinstrumenten -, wird das Risiko als mäßig eingestuft.

Weiterhin sind Risiken im Zusammenhang mit dem allgemeinen demografischen Wandel verbunden. Die Altersstruktur der Priester steigt, es werden immer mehr Priester emeritiert und demgegenüber stehen immer weniger aktive Priester. Dieses Risiko wird in der gebildeten Pensionsrückstellung berücksichtigt.

Die steigenden Bau- und Sanierungskosten wirken sich mittel- bis langfristig auf den gesamten Immobilienmarkt aus. Vor diesem Hintergrund ist perspektivisch mit einer allgemeinen Anpassung der Mieten zu rechnen. Dies eröffnet die Chance, die Mieteinnahmen nachhaltig zu steigern und die Wirtschaftlichkeit des Immobilienbestands zu sichern. Insbesondere in nachgefragten Lagen können marktgerechte Mietanpassungen dazu beitragen, die Belastungen durch steigende Energie- und Baukosten abzufedern und die Ertragskraft der Emeritenanstalt langfristig zu stärken.

Würzburg, im August 2025  
Emeritenanstalt der Diözese Würzburg KdöR

Robert Hambitzer  
Ordinariatsrat  
Leiter Hauptabteilung Personal

# Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Emeritenanstalt der Diözese Würzburg, KdöR, Würzburg

## Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Emeritenanstalt der Diözese Würzburg, KdöR, Würzburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Emeritenanstalt der Diözese Würzburg, KdöR, Würzburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

## Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.



Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

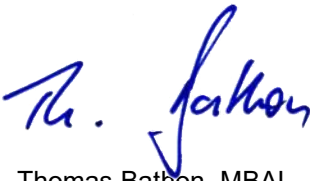


- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Aschaffenburg, 30. September 2025

**ITT Audit GmbH**  
**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**



Thomas Bathon, MBAL  
Wirtschaftsprüfer



# Allgemeine Auftragsbedingungen

## für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

### 2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

### 3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

### 6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

### 7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

### 8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

### 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

### 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

### 12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

### 13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

### 14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

### 15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.